

Seite: 1 bis 3
 Mediengattung: E-Paper
 Jahrgang: 2023

Nummer: 020
 Auflage: 997 (gedruckt)¹

¹ Verlag 01/2021

Offshore-Windindustrie will mit voller Kraft voraus

„Leinen Los!“ Unter diesem Motto fand in Berlin die Branchenkonferenz „Zukunft Offshore“ statt. Die Aufbruchstimmung in der Offshore-Windindustrie ist deutlich zu spüren, aber die Branche fordert mehr Rückendeckung aus der Politik, sonst seien die Ausbauziele nicht zu erreichen.

Die Windenergie auf See bekommt neuen Schub: Allein in diesem Jahr werden in Deutschland Offshore-Windparks mit einer Gesamtleistung von 8,7 GW ausgeschrieben. Das ist mehr, als die 8,1 GW, die bislang im deutschen Anteil von Nord- und Ostsee installiert wurden. Angesichts dieser Wachstumsperspektiven ist die Stimmung in der Branche gut, wie auf dem Jahreskongress „Zukunft Offshore“ des Bundesverbands der Windparkbetreiber Offshore (BWO) zu spüren war. Dennoch war das Motto des Kongresses auch als Aufforderung an die Politik zu verstehen. „Wir brauchen Ergebnisse, keine langen Versprechungen“, mit diesem Zitat von Außenministerin Annalena Baerbock eröffnete der BWO-Vorstandsvorsitzende Jörg Kubitzka, hauptamtlich Geschäftsführer von Ørsted Deutschland die Veranstaltung. Er unterstrich, dass es sich um „die größte Erneuerbaren-Ausschreibung“ handelt, entsprechend hoch sei aber auch die Erwartungshaltung. „Das Land schaut auf uns als Industrie, wir müssen abliefern“, brachte es Kubitzka auf den Punkt, und die Zeit dränge. Derzeit würden in Europa jährlich rund 7 GW Offshore-Windleistung neu gebaut. Um die ambitionierten Ziele der EU erreichen zu können, müsste diese Ausbaurate verdreifacht werden. Zwar habe die Politik hierzulande mit dem Windenergieauf-See-Gesetz (WindSeeG) die Ausbauziele gesetzlich verankert, allerdings seien die Rahmenbedingungen noch nicht so gut, dass die Branche nun mit voller Fahrt den Ausbau der Offshore-Wind angehen könne. Vor allem das Ausschreibungsdesign gilt in Branchenkreisen als großes Hemmnis. Derzeit müssen Windparkbetreiber mit der so genannten Gebotskomponente Geld bezahlen, um sich die Flächen für ihre Meereswindparks zu sichern. „Im Rah-

men der Ausschreibungen spüren wir bereits die Auswirkungen“, erklärte BWO-Geschäftsführer Stefan Thimm am Rande der Veranstaltung vor Journalisten. Aus Sicht des BWO führe die Gebotskomponente perspektivisch zu höheren Preisen für Offshore-Windstrom. Das Geld, das für die Flächenauschreibung ausgegeben werde, müsse im Betrieb des Windparks wieder zurückverdient werden, bestätigt auch Ørsted-Manager Kubitzka. Der BWO fordert deshalb, die Gebotskomponente zu streichen, oder zumindest zu deckeln. Für die aktuellen Ausschreibungsverfahren könne das Verfahren aber nicht mehr geändert werden. „Wir hoffen auf ein anderes Ausschreibungsverfahren im kommenden Jahr“, so Kubitzka.

Es gehe darum, Projekte schneller und effizienter abzuwickeln. „Entscheidend ist es aus unserer Sicht, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, auch durch Digitalisierung und bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden“, machte der Vorstandsvorsitzende von Hitachi Energy, Pascal Daleiden, deutlich, denn die Industrie brauche insgesamt mehr Planungssicherheit. Dazu müssten in den Genehmigungsbehörden Ressourcen ausgebaut und die Verfahren beschleunigt werden. Hitachi Energy hatte Ende 2018 die frühere ABB Energietechnik übernommen und konnte jüngst mit Tennet einen 13 Milliarden Euro schweren Vertrag zur Lieferung von sechs Offshore-Netzanbindungssystemen unterzeichnen. Um solche Projekte schneller umzusetzen, müssten die Engineering-Kapazitäten effektiver eingesetzt werden. „Dafür brauchen wir Modularisierung und Standardisierung“, sagte Daleiden. Zudem müssten Wirtschaft und Politik die Lücken in den Lieferketten gemeinsam schließen, forderte er. Die Abhängigkeiten in der globalen Wirtschaft seien erst durch

Corona und den Ukraine-Krieg deutlich geworden. „Wir sehen einen Trend zum Ausbau der Stromnetze und zum Ausbau der erneuerbaren Energien in vielen Teilen der Erde“, sagte er mit Verweis auf die USA und weite Teile Asiens. Deshalb müssten die Lieferketten weiter diversifiziert werden.

Aber auch andere altbekannte Probleme beeinflussen die Branche: „Fachkräfte sind für uns das entscheidende Thema“, erklärte Carl Rasmus Richardsen, CEO Deutsche Windtechnik Offshore & Consulting. Als Dienstleister könne sein Unternehmen keine Produktion ins Ausland verlagern, denn „der Service muss ja hier vor Ort stattfinden“. Dafür brauche es Fachkräfte, vor allem Elektriker werden gesucht, machte Richardsen deutlich. Sein Unternehmen habe bereits vor fünf Jahren ein Ausbildungsprogramm gestartet und seither rund 90 Fachkräfte selbst qualifiziert. Aber dies reiche bei weitem noch nicht aus, sagte Richardsen. Problematisch sei vor allem, dass ausländische Facharbeiterbriefe hierzulande oft nicht anerkannt würden, oder die Fachkräfte Prüfungen nachholen müssen. Richardsen sprach sich dafür aus, Facharbeiterabschlüsse europaweit einheitlich anzuerkennen. Nach Angaben des BWO sind europaweit derzeit rund 80.000 Menschen in der Offshore-Windbranche angestellt, bis 2030 dürfte der Bedarf an Arbeitskräften auf etwa 250.000 Stellen ansteigen. Zu Beginn der Branchenkonferenz „Zukunft Offshore“ hatte der BWO eine Liste an Maßnahmen vorgestellt, mit denen die Politik nun das Ausbautempo bei Offshore-Windparks beschleunigt flankieren müsse. In seinem Zehn-Punkte-Plan fordert der BWO neben der bereits erwähnten Anpassung der Gebotskomponente unter anderem auch eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die dem Fachkräftemangel ent-

gegenwirken soll. Zudem werde ein attraktives Einwanderungsgesetz benötigt, das ausländischen Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtere, so BWO-Geschäftsführer Thimm.

Vom Staat erwartet die Branche klare Signale, um massiv in Herstellungskapazitäten zu investieren. Kreditbürgschaften und günstige Finanzierungen könnten vor allem für mittelständische Unternehmen ein Weg sein, schlägt der BWO vor. Die notwendigen Investitionen müssten schnell angestoßen werden, noch in dieser Legislaturperiode, forderte Thimm.

Oft stehe sich der Bund aber selbst im Weg. Als konkretes Beispiel nennen die BWO-Vertreter den Hafen Rostock-Warnemünde. Der Bund hatte im vergangenen Jahr die insolventen MV Werften übernommen. Nun werden an

dem Standort Marineschiffe gewartet. Ein Teil des Areals könnte aber für den Bau von Konverter-Plattformen genutzt werden, wofür es konkrete Interessen gibt. Dies lehnt das Bundesverteidigungsministerium aus Sicherheitsgründen aber ab.

Sicherheit spielt indes auch im Offshore-Windpark eine immer größere Rolle. Die Regierung solle Schlepperkapazitäten vorhalten, so dass Windparkbetreiber im Falle einer Havarie deren Hilfe in Anspruch nehmen können, forderte Thimm. Ørsted-Manager Kubitza, dem Ende April im Windpark Gode Wind 1 von einem mutmaßlich betrunkenen Frachterkapitän eine Windanlage angefahren und beschädigt wurde, sieht weitere Herausforderungen für die Sicherheit. Der Ukraine-Krieg habe neue Anforderungen an die Branche gestellt. Die Politik sei nun gefordert,

klare Zuständigkeiten zu definieren. „Das Bundesinnenministerium plant ein Gesetz zur kritischen Infrastruktur“, sagte Kubitza. Dieses könne Zusatzkosten verursachen, die jetzt noch nicht in den Geboten berücksichtigt werden können. Nach Angaben von Kubitza könnten großen Offshore-Windparks dadurch Mehrkosten von bis zu 200 Millionen Euro entstehen.

BWO-Geschäftsführer Thimm kündigte an, den Verband auch für andere Player entlang der Wertschöpfungskette zu öffnen. Dazu sei die Satzung geändert worden und mit Veröffentlichung im Vereinsregister werde sich der BWO in Bundesverband Windindustrie Offshore umbenennen. Ziel sei es, die Branche ganzheitlich zu vertreten und die politische Arbeit zu vertiefen.

Wörter:

1002